

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Verantwortlich: Die amtlichen Bekanntmachungen für den St. Dr. Dr. das Amtsgericht das Hauptamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkassette Nr. 12 — Sächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkassette: Dresden 33 327

Korrespondent: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbjährlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Preise und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmiffa, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Zeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 65 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Abbestellen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Ausperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 246

Bad Schandau, Donnerstag, den 20. Oktober 1927

71. Jahrgang

Für eilige Leser.

* Die Konferenz der Vertreter des Reiches und der Länder, gekommen und daher auf heute vertagt worden.

* Das über Albanien gut informierte Giornale d'Italia rechnet damit, daß der frühere albanische Gesandte in Bulgare, Bloshmi, der Nachfolger des ermordeten albanischen Gesandten in Prag werden wird. Die Leiche Jena Wegs ist gestern im Fremdenbüro des Prager Wilsonbahnhofs feierlich aufgebahrt worden. In Prag erwartet man die baldige Ankunft des früheren albanischen Gesandten in Bulgare, Bloshmi, der die Leiche nach Tirana überführen soll.

* Das Völkerverständnisverhältnis veröffentlicht die in Genf eingetroffene Beschwerverdrift Litauens gegen die litauerfeindliche Wilna-Politik Polens. Die Beschwerverdrift, die elf Seiten und noch drei Beilagen von zusammen sechs Seiten umfaßt, geht in sehr scharfen Ausdrücken davon aus, daß die polnische Regierung bereits im Sommer mit ihrer Gewaltpolitik im Wilna-Gebiet begonnen hätte.

Wahlrechtsreform?

Von einem Parlamentarier.

Solange irgendein Wahlrecht zu einer parlamentarischen Körperschaft besteht, mag es sein wie es will — es wird immer zahllose Wähler oder Mandatskandidaten geben, die über dieses Wahlrecht ausgiebig ihre Unzufriedenheit ausdrücken. Die Vorwürfe sind so mannigfaltig wie die verschiedenen Wahlsysteme, die es überhaupt gibt oder die denkbar sind. Und deren Zahl geht in die Duzende. Ist es doch auch wirklich ein überaus schwieriges Problem, namentlich in einer Demokratie, mit Hilfe irgendeines Wahlrechts der „Volksstimmung“ Ausdruck zu verleihen, wobei noch — um nur eins zu berühren — z. B. bei unserem in Deutschland geltenden Reichstagswahlrecht sich diese „Volksstimmung“ ganz gewaltig ändern kann, ohne daß sich dies etwa bei Nachwahlen irgendwie äußert.

Nun ist soeben vom Zentrum eine Interpellation an die Reichsregierung gerichtet und darin gefragt worden, ob sie bereit sei, noch in diesem Reichstage eine Änderung des Wahlrechts durchzuführen. Zweierlei wird gegen das jetzt geltende Wahlrecht eingewendet: die Listenwahl verhindert eine wirkliche Mitwirkung der Wähler bei der Aufstellung der Kandidatenlisten, andererseits sind die jetzigen Wahlkreise viel zu groß, als daß die wünschenswerte enge Fühlungnahme zwischen Wähler und Abgeordneten besteht. Abgesehen davon, daß die Regierung bis auf lange Zeit hinaus mit allerdinglichst Aufgaben belastet ist, die ja zum großen Teil dann auch parlamentarische Aufgaben werden, der Reichstag außerdem eine gewaltige Staatsberatung vor sich hat, ist gerade die Wahlrechtsreform eine der wichtigsten Dinge, die vor das Forum eines Parlaments kommen können. Persönliches, allzu Persönliches spielt dabei in weitestem Maß mit; dann kommen parteipolitische Erwägungen hinzu — freilich auch objektive Gründe, die nicht so leicht beiseitezufchieben sind. Die Größe der Wahlkreise z. B. — die ließe sich ja leicht beseitigen; aber andererseits hemmt erfahrungsgemäß der große Wahlkreis die allzu weitgehende Stimmenzerpflüchterung. Und ebenso werden sich gegen eine stärkere Einflußnahme der Wählerschaft auf die Aufstellung der Kandidatenlisten gewichtige Stimmen geltend machen können, die darauf hinweisen, daß das Übel der Stimmen- und Parteienzerpflüchterung dadurch eine ganz ungeahnte Ausdehnung erfahren würde. Fallen doch schon heute bei jeder Wahl etwa 800 000 bis 900 000 Stimmen unter den Tisch, weil sie abgegeben wurden für Kandidaten, die hinter sich nicht die festgeschlossene Organisation einer Partei oder sonst einer Gruppe zur Stütze haben. Im übrigen macht sich ja der Einfluß der wirtschaftlich fest organisierten Teile des deutschen Volkes bedeutsam genug geltend bei der Aufstellung der Kandidatenlisten; davon werden alle Parteien von rechts bis links manch Liedlein zu singen. So ganz und gar ausgeschaltet, wie das vielfach behauptet wird, ist ja der Wähler bei der Listenaufstellung durchaus nicht, wenn er nämlich organisierter Wähler ist. Dann aber macht er seinen Einfluß eben in der und durch die Organisation geltend. Man mag das Überwuchern des organisatorischen Gedankens auch im politischen Leben beklagen, besonders in Deutschland, aber man kann sich nicht mehr dagegen stemmen, weil gerade in einer Demokratie, wo die Stimmeneinheit, also die Masse entscheidet, stärkste Wirkungen auch nur von zusammengeballten, durch einheitliches Wollen zusammengeführten Massen ausgeübt werden können.

So ist eine Wahlrechtsreform nicht bloß eine kluge Sache für jedes Parlament, sondern es ist ein Problem, angefüllt mit zahllosen Streitfragen und Meinungsverschiedenheiten.

Die Lage im mitteldeutschen Streikgebiet

Die Zahl der Streikenden im mitteldeutschen Braunkohlenrevier hat wieder zugenommen. Nach Angaben der Streikleitung stehen von 70 000 Bergarbeitern 63 000 Mann im Ausland. Mit schwerer Sorge sieht man in Wirtschaftskreisen der Gefahr entgegen, die durch eine längere Dauer des Streiks für unsere neu geschaffenen Absatzmärkte in Skandinavien entstehen würde. Es ist dort in der letzten Zeit durch eine sorgfältige Absatzorganisation gelungen, die englische Kohle zu verdrängen. Eine Unterbrechung der Belieferung würde den Engländern das Feld wieder frei machen.

Nach Angabe des Deutschen Braunkohlenindustrievereins ist es in allen Revieren zu Streikterror gekommen, in vielen Fällen sind sogar tätliche Angriffe der Streikenden auf Arbeitswillige vorgekommen. In Olbers-

Professor Brahn bestellt worden. Vom Reichsarbeitsministerium wird darauf hingewiesen, daß der Schlichter in seiner Entscheidung völlig frei ist und ganz aus eigenem Ermessen zu entscheiden hat. Falls ein Schiedsspruch zustande kommt, aber von einer der Parteien oder von beiden Parteien nicht angenommen wird, wird erst dann die Frage der Verbindlichkeitsklärung durch das Reichsarbeitsministerium akut werden.

Berlins Stromversorgung nicht gefährdet.

Halle, 19. Oktober. Das Werk Golpa, von dem aus Zschornitz beliefert wird, hat gestern statt 8500 Tonnen nur 7500 Tonnen gefördert. Statt 5 Züge sind heute nur 3 eingefahren. Man hofft, daß im Laufe des Tages noch ein vierter eingefahren wird, wodurch dann die Strombelieferung gesichert wäre. Die Zentralstreikleitung gibt bekannt, daß sie die Förderung auf Grube „Golpa“ von 8000 auf 4000 Tonnen herabdrücken will. Die anderen Gruben liegen entweder still oder halten mit einer kleinen Schicht Notbetriebe aufrecht. Wie die Zentralstreikleitung mitteilt, beabsichtigt sie, auf Grube „Golpa“ die Hälfte der Notstandsarbeiter zurückzuziehen, da nach ihrer Ansicht für Ausführung der Notstandsarbeiten diese reduzierte Zahl genügt.

Der Braunkohlenindustrie-Verein zur Streiklage.

Halle, 19. Oktober. Der Braunkohlenindustrie-Verein gibt zur Streiklage folgenden Tagesbericht aus:

„Aus allen Revieren wird berichtet, daß sich eine außerordentliche Verschärfung des Terrors fühlbar macht. Durch amtliche Untersuchung wurde festgestellt, daß bei der Grubenanschlußbahn der Ilse-Bergbau-A.-G. nach Groß-Rajchen ein Sabotageakt durch Handgranaten verübt worden ist. Zahlreich sind auch die Meldungen über tätliche Angriffe auf Arbeitswillige. Zum Teil haben die Angegriffenen sich in ärztliche Behandlung begeben müssen. Neben dieser Form des Terrors zeigt sich eine weniger gewalttätige, die darin besteht, große Massen von Streikenden auf Fahrrädern, Reichspostautos oder sonstigen Beförderungsmitteln vor den Wertseingängen zu konzentrieren und entweder durch Kettenhaken den Zugang der Werke abzusperren oder die Arbeitswilligen zu zwingen, ihren Weg durch die dichten Streikgruppen zu nehmen und sich hierbei Bedrohungen und wüsten Beschimpfungen auszusetzen.“

Der Regierungspräsident von Merseburg nahm heute morgen selbst Gelegenheit, sich beim Schichtwechsel der Grube „Alwiner Verein“ davon zu überzeugen, daß das dort geübte Streikpostenfischen weit über die Grenze des Zulässigen hinausgeht. Unter dem außerordentlich starken Druck, der von den Streikenden auf die Arbeitswilligen ausgeübt wird, ist bei einigen Gruben ein leichtes Abdröckeln der Zahl der Arbeitswilligen zu verzeichnen. Dort, wo sich aus der Natur der Lage der Grube eine Terrorisierung der Arbeitswilligen schlechter durchführen läßt, nimmt die Arbeitswilligkeit der Belegschaft zu. Insgesamt betrachtet hat deshalb die Produktion der Werke gegenüber dem Vortag keinerlei Einbuße erlitten. Die Zahl der Arbeitenden in den Betrieben würde sich sofort ganz erheblich vergrößern, wenn die Polizei den Arbeitswilligen einen ungestörten Zugang zu den Werken sicherstellte. Die von der Streikleitung verbreitete Nachricht, die Braunkohlengrube des Leuna-Werkes sei zum Erliegen gekommen, ist glatt erfunden. Die Gruben arbeiten vielmehr nach wie vor in demselben Umfang wie gestern.“

Bergarbeiterstreik in Nordcolorado.

In den Braunkohlenbergwerken von Nordcolorado laßt die Arbeit, da mehrere tausend Arbeiter einem Streikaufruf der „Industrial Workers of the World“ Folge geleistet haben. Dieser Verband erstrebt einen Tageslohn von 8 1/2 Dollar für jeden Arbeiter. 18 Personen, angeblich Mitglieder dieses Verbandes, wurden wegen gesetzwidriger Aufstellung von Streikposten verhaftet.

Streikunruhen in Spanien.

Viele Bombenattentate.

Bei dem Bergarbeiterstreik in Nordspanien ist es zu schweren Unruhen und blutigen Gefechten zwischen den von dem Diktator Primo de Rivera ins Streikgebiet entsandten Truppen und den Bergarbeitern gekommen. Eine große Zahl von Bombenattentaten hat stattgefunden. Der Ausstand nimmt allmählich eine stark politische Färbung an. Primo de Rivera hat bei den ersten Lohnbewegungen den Bergarbeitern gegen die Grubenbesitzer Anerkannt und die Alfordhöhe gekürzt. Aber die Lohnfrage wäre nicht so gefährlich, wenn nicht die politische Agitation sich so heftig auf das Streikgebiet geworfen hätte. Alle Reisenden aus Spanien berichten, daß die Lage äußerst gespannt ist.



Streikposten im mitteldeutschen Braunkohlengebiet.

dorf bei Ritzau wurden z. B. zwei Bergleute von dem Werk „Glückauf“, als sie sich zur Arbeitsstätte begeben wollten, von Streikenden aus dem Hinterhalt überfallen und schwer mißhandelt. Sie mußten mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden. Die Regierung in Merseburg gibt demgegenüber bekannt, daß größere Terrorakte dort nicht zur Kenntnis gelangt seien.

Steigende Zahl der Arbeitswilligen.

Wachsende Terrorakte.

Senftenberg, 19. Oktober. Auf Grube Ilse wurden in der Nacht zum Dienstag unter die Schienen eines Anschlußgleises, auf dem die Kohlenwagen aus der Grube nach dem Güterbahnhofe befördert wurden, zwei Handgranaten gelegt und zur Entzündung gebracht. Glücklicherweise widerstanden die Schienen der Explosion. Was die Streiklage am Mittwochmittag betrifft, so ist festzustellen, daß die Zahl der Arbeitswilligen im steten Steigen begriffen ist, andererseits aber auch der Terror der Streikenden wächst. Neuerdings stellen sich Streikposten vor den Häusern auf, in denen Arbeitswillige wohnen, und verwehren diesen den Gang zur Arbeitsstätte.

Einsetzen der Seno nach ergebnislosen Verhandlungen mit den Streikleitungen.

Dresden, 19. Oktober. Am heutigen Tage fanden im sächsischen Wirtschaftsministerium Verhandlungen mit den Vertretern der Leitung des Braunkohlenbergarbeiterstreiks statt, die die Forderung erhoben, es möchte die Technische Rathilfe in Wöhlen und Hirschfelde zurückgezogen werden. Da die Vertreter der Streikleitung erklärten, daß sie nur bereit seien, als Notstandsarbeiten die Versorgung der Wasserwerke, Krankenhäuser und ähnlicher Anstalten mit Strom zuzulassen, die Stromversorgung für gewerbliche und landwirtschaftliche Betriebe und für die Straßenbahnen aber ausdrücklich abzulehnen und auch die Stromversorgung der Haushaltungen nicht im erforderlichen Umfang sicherstellen wollten, so war der Wirtschaftsminister nicht in der Lage, die Technische Rathilfe, die nur für die Aufrechterhaltung des Betriebes in den elektrischen Kraftwerken eingesetzt ist, zurückzuziehen, da er nach der Verordnung des Reichspräsidenten vom 10. Nov. 1920 verpflichtet ist, die Stromversorgung der Bevölkerung, falls sie ganz oder teilweise bedroht ist, sicherzustellen. Ein Einsatz von technischer Rathilfe für die Förderung von Kohlen zum Abfah und für die Breiterezeugung ist nirgends erfolgt.

Professor Brahn Schlichter im Braunkohlenstreik.

Berlin. Zum Schlichter für die heute vormittag 11 Uhr im Reichsarbeitsministerium beginnenden Schlichtungsverhandlungen im mitteldeutschen Braunkohlentonskiff ist wiederum